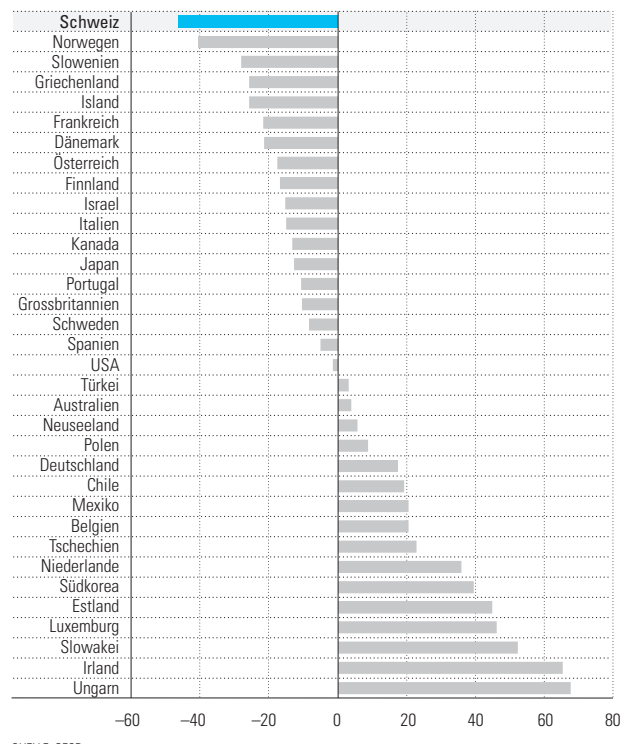
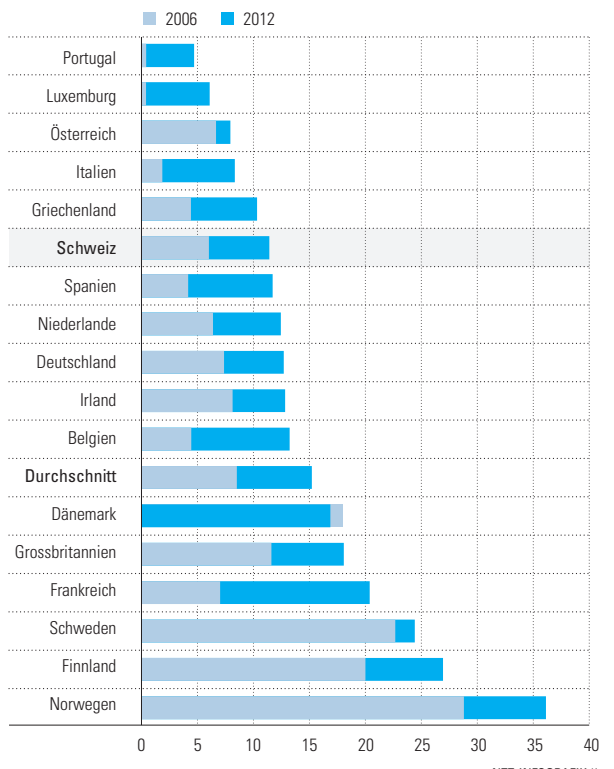


**Aufholbedarf der Schweiz im Handel und bei der Frauenpräsenz auf den Chefetagen**

Differenz zwischen effektivem Handelsvolumen (Summe von Importen und Exporten) und dem gemäss geografischem Handelsmodell «erwarteten» Volumen, in Prozent des BIP



Anteil der Frauen im Verwaltungsrat der grössten europäischen Unternehmen, 2006 und 2012, in Prozent



QUELLE: OECD

NZZ-INFOGRAFIK/lea

# Der Flirt mit der Frauenquote

Durchzogener Länderbericht der OECD zur eidgenössischen Wirtschaftspolitik

Die OECD macht sich Sorgen um das tiefe Produktivitätswachstum in der Schweiz, die Untervertretung der Frauen in Spitzenpositionen und diverse Volksinitiativen, mit denen sich die Schweiz selber schädigen würde.

Hansueli Schöchli

Länderexamen internationaler Organisationen wie der OECD oder des IMF sind für die Schweiz oft relativ entspannte Übungen – sofern es nicht um Bankgeheimnis und Steuertransparenz geht. Die Schweizer Wirtschafts- und Finanzpolitik ist im internationalen Vergleich ziemlich klug, die wirtschaftlichen Ergebnisse sind gemäss vielen Kriterien Weltspitze. So kommen die externen Prüfer kaum je darum herum, einiges Lob zu verteilen. Allerdings gibt es auch in der Schweiz mehr als genug Haare in der Suppe zu finden, so dass die Prüfer ihre Berichte auch oft mit einer (verdaubaren) Dosis Kritik garnieren können.

## Zu wenig Handel?

So lief es auch mit dem jüngsten Schweizer Länderexamen durch die OECD, wie der am Donnerstag veröffentlichte Examenbericht der Pariser Organisation zeigte. Der Bericht deckt zumindest stichwortartig ein ziemlich breites

Feld ab, manches dabei ist wenig überraschend. Eher ungewöhnlich ist dagegen der Hinweis, dass die Offenheit der Wirtschaft gemessen an der Handelsintensität im Vergleich zu Ländern mit ähnlicher Grösse und geografischer Lage unterentwickelt sei. Gemäss Modellrechnungen aufgrund der geografischen Lage müsste die Schweiz «eigentlich» ein Handelsvolumen (Summe von Importen und Exporten) von 140% der Wirtschaftsleistung aufweisen statt nur etwa 95%, schätzt die OECD (vgl. Grafik). Solche Modellrechnungen sind mit Vorsicht zu geniessen, der Befund lädt aber doch zu weiterem Nachdenken ein.

Handel und Wettbewerb sind für die OECD zentrale Treiber der Innovation. Die Schweiz steht in Innovations-Ranglisten immer noch in der Spitzengruppe, wie die OECD einräumt. Andere Länder hätten aber aufgeholt. Dies gilt auch für die Produktivität. Die Schweiz wies laut OECD seit 1995 ein Wirtschaftswachstum pro Kopf der Bevölkerung von durchschnittlich 1,1% pro Jahr auf, während die zehn reichsten OECD-Länder im Mittel fast 2% zulegten. Die OECD empfiehlt das Nachdenken über eine «Produktivitäts-Kommission» nach dem Muster von Dänemark, Australien oder Neuseeland. Die inhaltlichen Empfehlungen dazu reichen von den Steuern (mehr Innovationsförderung, Einheitssatz für die Mehrwertsteuer) über die Vereinfachung von Firmen Gründungen bis zu weiteren Marktöffnungen in der Landwirtschaft.

Den Mahnfinger hebt die OECD auch in Bezug auf aktuelle Volksinitiativen. Die Mindestlohninitiative würde «die internationale Konkurrenzfähigkeit der Schweiz signifikant aushöhlen», die 1:12-Initiative würde «die Fähigkeit [der Schweiz] bedrohen, Spitzenmanager anzuziehen», und die Einwanderungsinitiative gäbe erhebliche Probleme für die Beziehungen zur EU.

## Erklärungsdruck für Firmen

Ein Schwerpunktthema widmete der Länderbericht der Stellung der Frauen im Wirtschaftsleben. Frauen haben zwar in der Schweiz eine der weltweit höchsten Beschäftigungsquoten, doch manche würden laut OECD mehr arbeiten, wenn es sich lohnte und mehr bezahlbare Krippenplätze vorhanden wären. Zudem seien die Frauen in den Spitzenpositionen nach wie vor stark untervertreten (vgl. Grafik). Wie die EU flirtet auch die Berichtsautoren der OECD mit Frauenquoten. Sie empfehlen der Schweiz jedenfalls «ambitiöse» Ziele bezüglich Frauenanteilen auf den Chefetagen. Als Alternative zu verbindlichen Quoten liessen sich solche Ziele gemäss Bericht auch mit einer sanfteren Variante nach schwedischem Muster erreichen, welches im Rahmen einer Selbstregulierung der Wirtschaft keine bindenden Vorgaben mache, aber die Unternehmen mit tiefen Frauenanteilen an der Spitze zu Erklärungen zwingt.

«Reflexe», Seite 26

## IN KÜRZE

### EU-Schutzzölle auf Biodiesel

(*afp*) · Nach einer fünfzehnmonatigen Untersuchung hat die EU dauerhafte hohe Schutzzölle gegen Biodiesel aus Argentinien und Indonesien beschlossen. Die Zölle sollten kommenden Mittwoch in Kraft treten und fünf Jahre lang erhoben werden, teilte die EU-Kommission mit. Sie betragen im Durchschnitt 24,6% für Einfuhren aus Argentinien und 18,9% für solche aus Indonesien. Die EU-Kommission hatte bereits im Mai vorläufige, niedrigere Zölle verhängt, weil sie hinter den billigen Einfuhren Dumping vermutet hatte. Diesem Urteil schlossen sich jetzt die EU-Regierungen an, die den Zöllen zustimmen mussten.

**Karlsruhe entscheidet 2014 über EZB cae.** · Das deutsche Verfassungsgericht wird nicht mehr dieses Jahr über das Staatsanleihenprogramm OMT der Europäischen Zentralbank (EZB) ent-

scheiden. Wie der Gerichtssprecher gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters am Donnerstag sagte, wird sich der zweite Senat erst 2014 zur Verfassungsmässigkeit des in Deutschland sehr umstrittenen OMT-Programms äussern. Im Juni hatte in Karlsruhe die mündliche Verhandlung zum Thema OMT mit einer Vielzahl an prominenten Rednern stattgefunden, die eine hohe mediale Resonanz hatte. Die Kritiker des Programms hoffen, dass die Richter es als verfassungswidrig bezeichnen werden, die Befürworter hingegen setzen auf ein Plazet aus Karlsruhe.

**Deutschland zieht Zuwanderer an** (*Reuters*) · Das wirtschaftlich stabile Deutschland zieht immer mehr Zuwanderer an – vor allem aus Osteuropa und den Euro-Krisenländern. Im ersten Halbjahr zogen 555 000 Menschen in die Bundesrepublik. Das seien 11% mehr als ein Jahr zuvor, teilte das Statistische

Bundesamt am Donnerstag mit. Gleichzeitig zogen 349 000 Personen weg. Die Mehrzahl der ausländischen Zuwanderer kam erneut aus Polen (93 000), es folgten als Herkunftsländer Rumänien (67 000) und Bulgarien (29 000). Aus Spanien wanderten 39% mehr ein als vor Jahresfrist, aus Portugal 26% und aus Italien 41% mehr. Aus Griechenland nahm die Einwanderung dagegen um 4,5% ab.

**Justiz ermittelt gegen BayernLB-Chef** (*Reuters*) · Die österreichische Justiz nimmt BayernLB-Chef Gerd Häusler ins Visier. Die Staatsanwaltschaft Wien habe ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Falschaussage gegen den Manager eingeleitet, sagte eine Sprecherin des Gerichts. Hintergrund ist der Vorwurf, Häusler habe in einem Zivilprozess vor dem Handelsgericht Wien falsche Angaben über den Zustand der ehemaligen BayernLB-Tochter Hypo Alpe Adria gemacht.

# Rote Karte des Global Forum für Luxemburg und Zypern

Schaulaufen der Finanzplätze an der Plenarversammlung

Das mit der OECD verbundene Global Forum hat die Steueramtshilfe von 50 Ländern unter die Lupe genommen. Die Schweiz wurde wegen fehlender Voraussetzungen nicht benotet.

Marco Kauffmann Bossart, Jakarta

In Jakarta hat am Donnerstag die Plenarversammlung der 121 Mitglieder des Globalen Forums zur Steuertransparenz begonnen. Höhepunkt der zweitägigen Veranstaltung ist die Benotung von 50 Staaten, die bezüglich Steueramtshilfe durchleuchtet worden sind. Ursprünglich sollte das Ergebnis dieser Länderexamen erst am Freitag bekanntgemacht werden. Doch wurde die mit Spannung erwartete Liste bereits am ersten Konferenztag den Medien zugespielt (vgl. Tabelle).

## Liechtenstein vor der Schweiz

Bemerkenswert ist das schlechte Abschneiden von Luxemburg («nicht konform»), wobei das Globale Forum bei allen massgeblichen Kriterien (Verfügbarkeit von Informationen, Zugang zu Informationen, Austausch von Informationen) erhebliche Mängel feststellte. Mit einer roten Karte wurden zudem Zypern, die Virgin Islands (Grossbritannien) sowie die Seychellen bedacht. Österreich muss sich mit dem Prädikat «teilweise konform» begnügen. Mehrere Jurisdiktionen mit international bedeutenden Finanzzentren – u. a. die Vereinigten Staaten, Grossbritannien, Hongkong und Singapur – erhielten die Note «weitgehend konform».

Die Schweiz ist seit 2009 Mitglied des mit der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) verbundenen Forums. Sie erfüllt aber derzeit die Voraussetzungen für den Schlussstest der Länderratings nicht. Nach den Vorgaben des von den G-20-Staaten eingesetzten Forums werden von der Eidgenossenschaft Fortschritte in drei Bereichen erwartet: Erstens muss das Netz an dem neuen OECD-Standard entsprechenden Doppelbesteuerungs- und Steuerinformationsabkommen erweitert werden. Zweitens ist sicherzustellen, dass Personen, die Gegenstand eines Amtshilfeverfahrens sind, auch erst nach der Übermittlung der entsprechenden Daten an den Gesuchsteller informiert werden dürfen, wenn akute Verdunkelungsgefahr besteht. Drittens gilt es, die Identifizierung der Eigentümer von Inhaberaktien zu erleichtern. Erst wenn mindestens eine dieser drei Pendenzen erledigt ist, wird die Schweiz für das Schlussexamen («Phase 2») zugelassen.

Die Behebung der vom Global Forum konstatierten Mängel erfordert

verschiedene Gesetzesänderungen, die vom Schweizer Parlament zuerst noch behandelt werden müssen. Daher befindet sich die Schweiz derzeit in der illustren Gesellschaft Panamas, Botswanas, Liberias, Naurus, der Marshallinseln und acht weiterer Jurisdiktionen, die nicht als Vorreiter der Steueramtshilfe bekannt sind und als noch nicht reif für die zweite Phase der Überprüfung durch das Global Forum angesehen werden. Allerdings hebt sich die Schweiz insofern ab, als ihr an der Plenarversammlung explizit Fortschritte attestiert worden sind. Noch einen Schritt weiter ist freilich das Fürstentum Liechtenstein, das die Voraussetzungen für eine Teilnahme an der Schlussprüfung inzwischen erfüllt. Ausschlaggebend waren unter anderem Gesetzesänderungen, die schon in Kraft sind.

Der Schweizer Delegationschef, Botschafter Fabrice Filliez vom Staatssekretariat für internationale Finanzfragen, zeigte sich am Donnerstag insofern befriedigt, als sich die Lage für die Eidgenossenschaft nicht verschlechtert habe. Allerdings könnte die Schweiz auch zu einem späteren Zeitpunkt auf einer Liste nicht kooperierender Staaten landen, sofern die «Empfehlungen» nicht zur Zufriedenheit der Examinatoren umgesetzt werden.

Nicht von der Hand zu weisen ist allerdings, dass rivalisierende Finanzplätze wie Singapur die Schweiz bei diesem Schaulaufen leicht übertrumpfen können. Der autoritär geführte und imagebewusste Kleinstaat führt keine ausufernden Debatten über das Bankgeheimnis und die Grenzen des Informationsaustausches, sondern analysiert, welche Anpassungen unvermeidlich sind, und setzt diese im Eiltempo um.

## AIA als «new frontier»

In welche Richtung die Reise geht, machte Kosie Louw, der Vorsitzende des Global Forum klar. Der Südafrikaner verwies darauf, dass der Informationsaustausch auf Anfrage zwar weiterhin wichtig sein werde. Gleichzeitig bezeichnete er den automatisierten Informationsaustausch (AIA) aber als «new frontier», auf die man sich zubewege.

Aus dem Grusswort des indonesischen Finanzministers Chatib Basri liess sich herauslesen, dass die G-20-Staaten – zu denen Indonesien gehört und die sich als Auftraggeber des Global Forum verstehen – ihre Anstrengungen für einen griffigen Standard im Austausch mit steuerrelevanten Daten fortführen werden. Angesichts der nachlassenden Konjunkturdynamik kämpften zahlreiche Länder mit haushaltspolitischen Schwierigkeiten, betonte der Finanzminister der grössten Volkswirtschaft Südostasiens. Da träumt man offensichtlich gut und gerne vom Aufspüren unentdeckten Steuersubstrats.

## Austausch von Steuerinformationen: Rating von OECD / Global Forum

Staat	Gesamtnote	Staat	Gesamtnote
Argentinien	weitgehend konform	Italien	weitgehend konform
Australien	konform	Jamaica	weitgehend konform
Bahamas	weitgehend konform	Japan	konform
Bahrain	weitgehend konform	Jersey	weitgehend konform
Belgien	konform	Kanada	konform
Bermuda	weitgehend konform	Katar	weitgehend konform
Brasilien	weitgehend konform	Südkorea	konform
Cayman Islands	weitgehend konform	Luxemburg	nicht konform
China	konform	Malta	weitgehend konform
China, Hongkong	weitgehend konform	Mauritius	weitgehend konform
China, Macau	weitgehend konform	Monaco	weitgehend konform
Dänemark	konform	Neuseeland	konform
Deutschland	weitgehend konform	Niederlande	weitgehend konform
Estland	weitgehend konform	Norwegen	konform
Finnland	konform	Österreich	teilweise konform
Frankreich	konform	Philippinen	weitgehend konform
Griechenland	weitgehend konform	San Marino	weitgehend konform
Grossbritannien	weitgehend konform	Schweden	konform
Grossbritannien, Jungferninseln	nicht konform	Seychellen	konform
GB, Turks- und Caicosinseln	weitgehend konform	Singapur	weitgehend konform
Guernsey	weitgehend konform	Spanien	konform
Indien	konform	Südafrika	konform
Irland	konform	Türkei	teilweise konform
Island	konform	USA	weitgehend konform
Isle of Man	konform	Zypern	nicht konform

QUELLE: OECD / GLOBAL FORUM